

# Meldungen

zusammengestellt von Martin Peter Houscht

## Wirbelsturm fordert viele Tote

Mindestens 600 Tote, 32.000 Verletzte und 100.000 Obdachlose, so lautet die vorläufige Bilanz des verheerenden Wirbelsturms, der mit einer Geschwindigkeit von 150 Stundenkilometern am 13. Mai den nördlich Dhaka gelegenen Tangail Distrikt heimsuchte und tiefe Spuren der Verwüstung hinterließ. Besonders hart traf es den Ort Barabrita, der fast gänzlich zerstört wurde. 200 der 5.000 Einwohner wurden nach Angaben des Rettungspersonals getötet. Viele der Überlebenden konnten sich nur noch an einen "rotglühenden Himmel" erinnern, der das zwanzig Minuten anhaltende Inferno einleitete. Zusätzliche Schwierigkeiten bereiten ausbrechende Krankheiten. Vor allem Durchfallerkrankungen häufen sich, weil die Opfer verschmutztes Wasser und verfaulte Nahrung zu sich nehmen müssen.

## Armeechef entlassen

Präsident Abdur Rahman Biswas hat in einer Fernsehansprache am 20. Mai den bisherigen Armeechef, Generalleutnant Abu Saleh Mohammad Nasim, für abgesetzt erklärt, da dieser sich, so Biswas, seinen Anordnungen widersetzt habe. Daraufhin kam es in Militärkreisen zu Loyalitätsbekundungen für Nasim, die jedoch keinen Putschversuch darstellten, wie es in ersten Meldungen geheißen hatte. Nasim ergab sich wenige Stunden nach Beginn der Revolte und steht nun mit vier anderen Generälen unter Hausarrest.

Zuvor hatten sich Truppen aus Bogra und Mymensingh in Bewegung gesetzt, um dem entlassenen General zur Hilfe zu kommen. Sie gelangten jedoch nicht bis Dhaka, weil regierungstreue Soldaten sofort alle Zufahrtsstraßen schlossen. Außerdem fuhren Panzer am Präsidentenpalast auf, was Panik bei der Bevölkerung auslöste.

Auslösendes Moment für die Krise war die Aufforderung Biswas' an die Adresse des Generals, zwei Offiziere in den Ruhestand zu versetzen, ohne jedoch triftige Gründe nennen zu können. Die Weigerung Nasims führte zu dessen Entlassung, die dieser aber nicht akzeptierte. Statt dessen rief er Garnisonen in Mymensingh, Bogra und Comilla an und befahl ihnen, nach Dhaka zu kommen. Daraufhin kam es zu der Fernsehanspra-

che des Präsidenten.

Politische Beobachter in Dhaka halten es für nicht ausgeschlossen, daß die Entlassung der Generäle parteipolitisch motiviert war. Nasim betrieb wegen persönlicher Zwistigkeiten die Entlassung von vier Offizieren, die recht gute Beziehungen zu Khaleda Zia pflegten. Nachdem Präsident Biswas, selbst noch Mitglied der BNP, das Anliegen Nasims abgelehnt hatte, traf dieser sich mit AL-Präsidentin Sheikh Hasina. Mit dabei waren auch Generalmajor Morshed Khan und Brigadekommandeur Miron Hamidur Rahman, die der Oppositionsführerin für den Fall ihrer Wahl zur Premierministerin ihre Loyalität bekundeten. Khan und Rahman wurden von Biswas daraufhin der Disziplinlosigkeit bezichtigt und sollten von Nasim entlassen werden.

Sheikh Hasina forderte unterdessen den Präsidenten auf, keine unerwünschten Einflüsse auf das Militär auszuüben. Den Verdacht, Biswas habe seine Position ausgenutzt, um seiner Parteikollegin Khaleda Zia zu helfen, erhärtete dieser selbst, indem er in seiner Ansprache Nasim beschuldigte, mit einer bestimmten Partei, deren Namen er nicht nannte, zu kollaborieren.

Keine Interventionsmöglichkeit in diesem Konfliktfall hatte Interimspremier Habibur Rahman. Das Verteidigungsministerium untersteht zwar normalerweise dem Premierminister, doch setzte Khaleda Zia als eine ihrer letzten Entscheidungen die Kompetenzübertragung auf das Präsidentenamt durch.

## Polit-Prominenz als Wahlbeobachter

Bei den Parlamentswahlen am 12. Juni werden auch drei ehemalige Regierungschefs als Wahlbeobachter teilnehmen. Der frühere US-Präsident Carter, Ex-Premierminister Paul Keating aus Australien und die frühere philippinische Präsidentin Corazon Aquino werden als Mitglieder des Washingtoner 'National Democratic Institute for International Affairs' nach Bangladesh kommen.

## Inhaftierter Ershad darf kandidieren

Der frühere Präsident Ershad, der zur Zeit eine dreizehnjährige Haftstrafe wegen verschiedener Korruptionsdelikte verbüßt - zehn Jahre wurden ihm als Ergebnis von Berufungsverfahren bereits erlassen -, darf bei den bevorstehenden Parlamentswahlen kandidieren. Die

Richter der Appellationskammer des Obersten Gerichtshofes verwiesen auf die von Ershad angestrebten, noch anhängigen Berufungsverfahren, so daß die bereits erfolgten Verurteilungen nachgeordneter Gerichte ihn nicht automatisch von den Wahlen ausschließen.

Die bangladeshischen Gesetze erlauben es einer Person, in bis zu fünf Wahlkreisen zu kandidieren. Gewinnt diese mehr als ein Mandat, werden die verbleibenden Sitze durch spezielle Wahlen besetzt.

## Seminar über städtische Armut

55 Prozent der Einwohner Dhakas leben unter der absoluten Armutslinie, so das Ergebnis einer Studie, die kürzlich in Dhaka vorgestellt und von der 'Asiatischen Entwicklungsbank' finanziert wurde. Danach leben 75 Prozent der Armen in behelfsmäßigen Unterkünften, 89 Prozent der Haushalte wohnen in einem einzigen, im Durchschnitt nur 11 Quadratmeter großen Raum und zwei Drittel des Einkommens werden für Nahrungsmittel ausgegeben.

Die auf der Grundlage einer Befragung von 3.000 Haushalten in Dhaka und neun anderen Metropolen entstandene Studie wurde in Auftrag gegeben, um Trends und Ausmaß der städtischen Armut zu untersuchen. Danach liegt der Prozentsatz der Armen in Dhaka noch unter dem Landesdurchschnitt von 61 Prozent. Die Ergebnisse sollen Projekten zur Verringerung der städtischen Armut als Referenzrahmen dienen. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob den Armen der Zugang zu Krediten und 'khas'-Land, das ist Land im Staatsbesitz, erleichtert werden sollte. Dem Ja der Wissenschaftler, stand der Zweifel der Finanzberater gegenüber, die vor Anreizen zu verstärkter Landflucht warnten. Städtische Armut sei, so einige Teilnehmer, ein Resultat der ländlichen Armut und folgerichtig nur im Rahmen einer nationalen Armutsbekämpfungsstrategie zu lindern. Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Dörfern seien notwendig, um den Zufluß von Armen in die Städte zu bremsen.

Der Vertreter der 'Asiatischen Entwicklungsbank', Bhanuphol Horayangura, kündigte eine Ausdehnung der Hilfsprogramme der Bank in den städtischen Gebieten an sowie einen Akti-



55 Prozent der Einwohner Dhakas leben unter der absoluten Armutslinie (Foto: Walter Keller)

onsplan, der in Vorbereitung und auf eine Stärkung der städtischen Verwaltung ausgerichtet sei, damit verschiedene Dienstleistungen die Armen schneller erreichten.

### Industrie- und Handelskammer gegen weitere Taka Abwertung

Gegen eine weitere Abwertung der Landeswährung 'Taka' hat sich die 'Metropolitan Chamber of Commerce and Industry' (MCCI) ausgesprochen. Angesichts der hohen Importquote, würde eine Abwertung ohne gleichzeitige Entfernung exporthemmender Strukturen der Wirtschaft eher schaden, wie die vorangegangenen Abwertungen gezeigt hätten. "Die seit der Unabhängigkeit erfolgten Abwertungen haben nicht den erhofften Nutzen gehabt. Es fällt schwer, einen überzeugenden Nachweis dafür zu bringen, daß die Zahlungsbilanz sich durch die Währungsinterventionen verbessert haben soll. Wir stellen fest, daß die Importe sich verteuern und der Inflationsdruck zunimmt", so die MCCI.

Benötigt werden nach Ansicht der Wirtschaftsexperten stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen, vor allem eine niedrige Inflationsrate und niedrige Zinsen sowie eine den Export unterstützende Fiskalstruktur. Wichtig seien auch

langfristige Beziehungen zwischen den einheimischen Exporteuren und überseeischen Käufern.

### Todesurteile

Ein Gericht hat zwei Männer zum Tode verurteilt, die für schuldig befunden worden sind, einen Säureanschlag auf ein Schulkind verübt zu haben. Grund: Einer der Angeklagten wollte Rache nehmen, weil die 16-jährige sein Heiratsangebot abgelehnt hatte. Nachdem ein Entführungsversuch fehlschlug, sprühten sie Säure auf das Mädchen, das schwerste Verbrennungen erlitt.

### Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums veröffentlicht

Die Regierung Bangladeshs schränkt nach einem Bericht des US-Außenministeriums weiterhin wichtige Menschenrechte ein, darunter die Rede- und Pressefreiheit sowie die Versammlungsfreiheit. Außerdem sind nach wie vor nationale Sicherheitsgesetze in Kraft, die willkürlich die Rechte oppositioneller Kräfte untergraben. So erlaubt der 'Special Powers Act' der Regierung, jede Person, die eine "Gefahr für die Sicherheit des Landes" darstellt, für eine Dauer von 30 Tagen festzunehmen, ohne Anklage zu erheben. Weitere Kritik

wird an der Folterpraxis der Polizei geübt - 1995 starben 100 Menschen in der Untersuchungshaft - und der in der Regel ausbleibenden Strafverfolgung. Außerdem wird die gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen, ethnischen Minderheiten und Behinderten moniert sowie die Einschränkung der Rechte von Arbeitern (der Bangladesh bezogene Teil des Berichts kann gegen DM 9,50 vom Südasienbüro bezogen werden).

### Erpresserbanden terrorisieren Busendstationen

Auf verlorenen Boden stehen bislang die Stadtverwaltung Dhakas und mit ihr eine vor drei Jahren eingerichtete Behörde zur Überwachung der Busendstationen im Kampf gegen Banden, die ihre eigenen Fahrkartenschalter betreiben und unter anderem im Namen von Gewerkschaften Parkgebühren abschöpfen. Der Stadt gehen so Einnahmen in Millionenhöhe verloren. Beamte der 'Dhaka City Corporation' beklagen die mangelhafte Unterstützung durch die Strafverfolgungsbehörden und gestehen ihre Hilflosigkeit gegenüber den Erpresserbanden ein. Es bleibt abzuwarten, ob die vom Innenministerium angekündigten, jedoch nicht näher erläuterten drastischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus greifen werden.